

Wir gestalten Zukunft

GESCHÄFTSBERICHT 2016



Inhalt

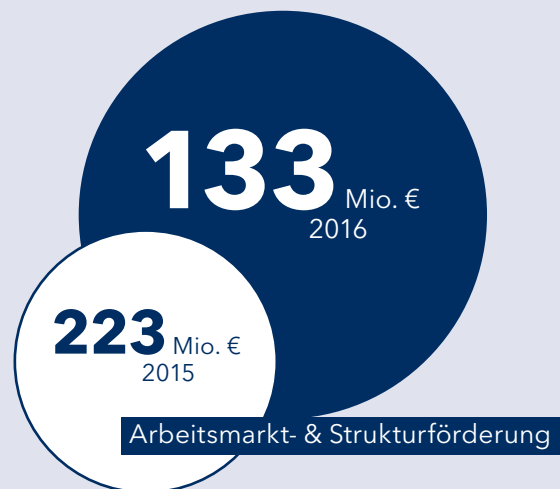
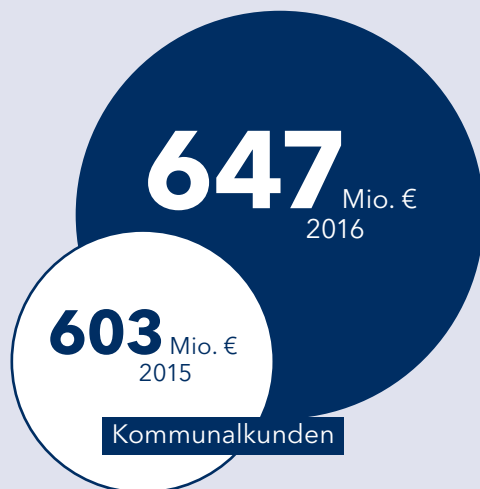
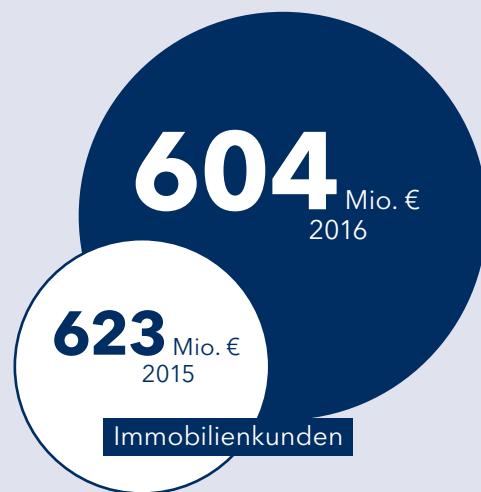


Die IB.SH in Zahlen	4
Vorwort des Vorstandes	6
Die IB.SH im Überblick	8
Bericht des Verwaltungsrates	9

JAHRESABSCHLUSS

Lagebericht	10
Jahresbilanz	24
Gewinn- und Verlustrechnung	26
Anhang	27
Organe	42
Bestätigungsvermerk	44
Kontakt/Impressum	46

Die I.B.SH in Zahlen



2.360 Mio. €
2016

2.335 Mio. €
2015

Förderneugeschäft gesamt

Im Jahr 2016 betrug das Förderneugeschäft der IB.SH insgesamt 2.360 Mio. Euro. Davon entfielen 976 Mio. Euro auf Firmenkunden, 604 Mio. Euro auf Immobilienkunden und 647 Mio. Euro auf Kommunalkunden. Weitere 133 Mio. Euro entfielen auf die Arbeitsmarkt- und Strukturförderung.

Vorwort des Vorstandes

**Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Kunden und Partner,**

auch 2016 hat sich die Niedrigzinsphase auf die Nachfrage nach Fördermitteln ausgewirkt. In allen Segmenten ihrer Geschäftstätigkeit verzeichnete die IB.SH eine starke Nachfrage nach langen Laufzeiten und langen Zinsbindungen.

Unternehmen, Kommunen und private Investoren wollen sich die niedrigen Zinsen möglichst lange sichern. Diese Entwicklung führte sowohl bei der Vergabe direkter Förderdarlehen als auch in der Förderrefinanzierung für die Kreditwirtschaft zu einer starken Nachfrage nach Förderprodukten. Das Gesamtvolumen der Förderzusagen erreichte daher mit 2,4 Milliarden Euro erneut das sehr hohe Vorjahresniveau.

Die Schwerpunkte unserer Geschäftstätigkeit 2016 lagen darin, bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen, Existenzgründungen und -übernahmen im Zuge der Nachfolge-Problematik zu ermöglichen und den digitalen Wandel voranzutreiben.

Die Unterstützung der Digitalisierung in Schleswig-Holstein reicht von der Beratung über Darlehen bis zu Zuschüssen. Die digitale Transformation eröffnet große Chancen für mehr Lebensqualität und effizienteres Wirtschaften. Die IB.SH hilft den Menschen in Schleswig-Holstein dabei, die digitalen Potenziale zu nutzen, um neue Herausforderungen erfolgreich zu meistern.

Als Förderbank fühlen wir uns dem Prinzip der Nachhaltigkeit besonders verpflichtet. Umwelt- und Klimaaspekte stehen bei unserer Fördertätigkeit seit Jahren im Vordergrund. Wir fördern Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Seit 2015 stellt die IB.SH im Auftrag des Landes mit der Spendenplattform WIR BEWEGEN.SH ein modernes bürgerschaftliches Instrument zur Verfügung, das Ideengeber und Spender unkompliziert zusammenführt.

Unseren Kolleginnen und Kollegen danken wir für ihren motivierten und kreativen Einsatz. Die Vision unserer Bank „Miteinander. Mehr erreichen. Für unser Land.“ ist weiterhin die Basis unserer erfolg-

reichen Zusammenarbeit. Miteinander setzen wir uns für eine nachhaltig gute Entwicklung von Schleswig-Holstein ein.



Erk Westermann-Lammers
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Michael Adamska
Vorstand



Die IB.SH im Überblick

Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Ihr Träger ist zu 100 Prozent das Land Schleswig-Holstein.

Aufgaben: beraten, fördern und finanzieren

Als zentrales Förderinstitut unterstützt die IB.SH das Land Schleswig-Holstein in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für Wirtschaft, Immobilien, Kommunen, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte, den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

Die IB.SH hat in ihrer Strategie das Oberziel „aus eigener Ertragskraft für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein“ verankert und arbeitet ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig. Die Vision, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB.SH motiviert, lautet: „Miteinander. Mehr erreichen. Für unser Land.“

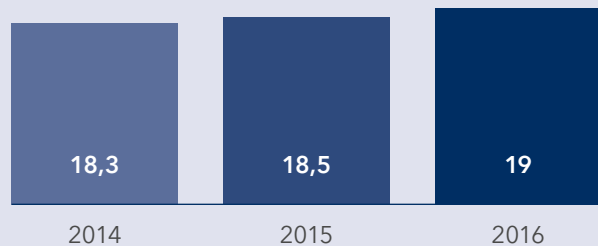
Zahlen

Im Jahr 2016 hatte die IB.SH eine Bilanzsumme von 19 Mrd. €. Das Neugeschäftsvolumen 2016 betrug 2,4 Mrd. €.

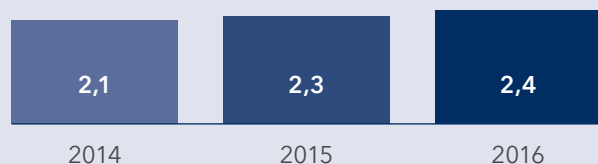
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die IB.SH hat rund 570 Beschäftigte, 29 Prozent davon arbeiten in Teilzeit. 23 Auszubildende starten ihren beruflichen Werdegang in der IB.SH in 5 Ausbildungsgängen.

Bilanzsumme (in Mrd. €)



Neugeschäftsvolumen (in Mrd. €)





Dr. Philipp Nimmermann

Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2016 fünfmal zusammen. Zudem wurden im ersten Halbjahr 2016 die drei Ausschüsse „Gemeinsamer Risiko- und Prüfungsausschuss“, „Nominierungsausschuss“ und „Vergütungskontrollausschuss“ gebildet, die seither den Verwaltungsrat bei seiner Tätigkeit beratend unterstützen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Im Mai 2017 billigte der Verwaltungsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2016 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte der

Verwaltungsrat die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2016 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Gewinns.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB.SH für die im Jahr 2016 geleistete Arbeit.

Kiel, 30. Mai 2017

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank
Schleswig-Holstein

gez. Dr. Philipp Nimmermann
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Jahresabschluss

Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein zum 31.12.2016

1. Grundlagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet¹. Alleiniger Träger der IB.SH ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB.SH unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben. Ihre Tätigkeit ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Mit dem Erlass des Gesetzes zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes vom 21.07.2016 hat der schleswig-holsteinische Gesetzgeber eine Änderung in § 52 Landesverwaltungsgesetzes (LVwG) vorgenommen, durch die die faktisch - aufgrund der vom Land Schleswig-Holstein übernommenen Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und Refinanzierungsgarantie - bestehende Insolvenzunfähigkeit der IB.SH nunmehr auch gesetzlich festgestellt wird.

Die IB.SH erbringt Beratungs- und Förderbankdienstleistungen zu den Themen „Wirtschaft und Technologie“, „Immobilien“, „Kommunen und Infra-

struktur“ sowie „Arbeit und Bildung“ und ist an den Standorten Kiel (Hauptsitz), Lübeck, Flensburg und Elmshorn vertreten. Darüber hinaus übernimmt die IB.SH die Bearbeitung und Abwicklung von Bundes-, Landes- und EU-Förderprogrammen. Diesbezüglich werden im Rahmen der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“ (ETZ) Programmsekretariate in Rostock und Riga unterhalten. Zudem ist die IB.SH mit einer Repräsentanz in Brüssel vertreten. Die IB.SH hält strategische Beteiligungen an der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NWL), an der Landgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LGSH) sowie an der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG).

In der im Jahr 2015 neu formulierten Vision „Miteinander. Mehr erreichen. Für unser Land“ fokussiert sich die strategische Ausrichtung der IB.SH. Nachhaltiges Handeln sowohl in ökonomischer als auch in ökologischer und sozialer Hinsicht ist der wesentliche Leitgedanke der Geschäftsstrategie. Als zentrales Förderinstitut des Landes setzt sich die IB.SH für nachhaltiges Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein ein.

Zum 31.12.2016 beschäftigte die IB.SH 341 (Vj. 340) Mitarbeiterinnen und 238 (Vj. 235) Mitarbeiter (insg.

¹ § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz, IBG) vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.), geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789/808 f.), zuletzt geändert gemäß § 27 Abs. 1 des Landesverwaltungsgesetzes durch Bekanntmachung des Ministerpräsidenten vom 13. Februar 2014 (GVOBl.Schl.-H. S. 34)

579, Vj. 575), davon 392 (Vj. 403) Vollzeit- und 187 (Vj. 172) Teilzeitkräfte. In den Beschäftigtenzahlen enthalten sind der Vorstand sowie 21 (Vj. 24) Auszubildende und Trainees. Das Durchschnittsalter lag bei 44,9 (Vj. 44,5) Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei 14,3 (Vj. 14,6) Jahren.

Zur Sicherung der Mitarbeiterqualifikation wurden im Jahr 2016 insgesamt 1.487 (Vj. 1.751) interne und externe Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt.

Die IB.SH ist durch die Agentur Fitch Ratings mit der Ratingnote „AAA“ und dem Ausblick „stabil“ bewertet.

Die IB.SH ist ein Kreditinstitut im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Nr.1 der Capital Requirements Regulation (CRR).

2. Wirtschaftsbericht

2.1. wirtschaftliches Umfeld

Die im Jahr 2016 weiterhin anhaltend stabile Entwicklung der deutschen Wirtschaft führte nach Angaben des statistischen Bundesamtes zu einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Höhe von 1,9 %.

Ausschlaggebender Wachstumstreiber in Deutschland war die starke private und staatliche Inlandsnachfrage, letztere unter anderem in Folge der Kosten aus der Zuwanderung von Schutzsuchenden. Daneben kamen deutliche Impulse aus den Investitionen insbesondere im Wohnungsbau.

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Notenbanken setzten ihre sehr expansive Geldpolitik auch in 2016 fort. Sie kauften aufgrund des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) monatlich unterschiedliche Wertpapiere im Volumen von zunächst 60 Mrd. €. Anfang 2016 wurde das monatliche Volumen auf 80 Mrd. € erhöht, zudem wurden auch Un-

ternehmensanleihen von Nicht-Banken aufgekauft. Ziel der Maßnahmen ist, dass sich die Inflationsrate in der Währungsunion wieder dem EZB-Zielwert von unter, aber nahe 2 % annähert. Erforderlichenfalls soll das Programm solange fortgeführt werden, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit dem Zielwert in Einklang steht. In 2016 wurden die Leitzinsen nochmals gesenkt, sodass Hauptrefinanzierungsgeschäfte nun mit 0,0 % und die Einlagenfazilität mit -0,4 % „verzinst“ sind.

Trotz dieser extremen Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung lag die Inflationsrate in Deutschland 2016 bei lediglich 0,5 %, auch wenn zum Jahresende nochmals ein deutlich stärkerer Anstieg zu verzeichnen war. Damit bestand weiterhin wenig Puffer gegenüber deflationären Tendenzen. Mit der Politik der EZB verbunden war weiterhin eine Abwertung des Euro und damit eine Erhöhung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten.

Die Geschäftstätigkeit der IB.SH ist grundsätzlich auf Schleswig-Holstein konzentriert. Daher ist bei einer Betrachtung des wirtschaftlichen Umfeldes die regionalwirtschaftliche Entwicklung im nördlichsten Bundesland von besonderer Bedeutung. Die Wirtschaftsstruktur in Schleswig-Holstein ist dabei in erster Linie von kleinen und mittleren Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten geprägt, die einen Anteil von nahezu 99 % an allen Unternehmen im Land ausmachen. Zu den bedeutsamen Branchen gehören die Medizintechnik, die maritime Wirtschaft, die Ernährungswirtschaft, die Informations- und Kommunikationstechnologie, der Maschinenbau, erneuerbare Energien und die Gesundheitswirtschaft.

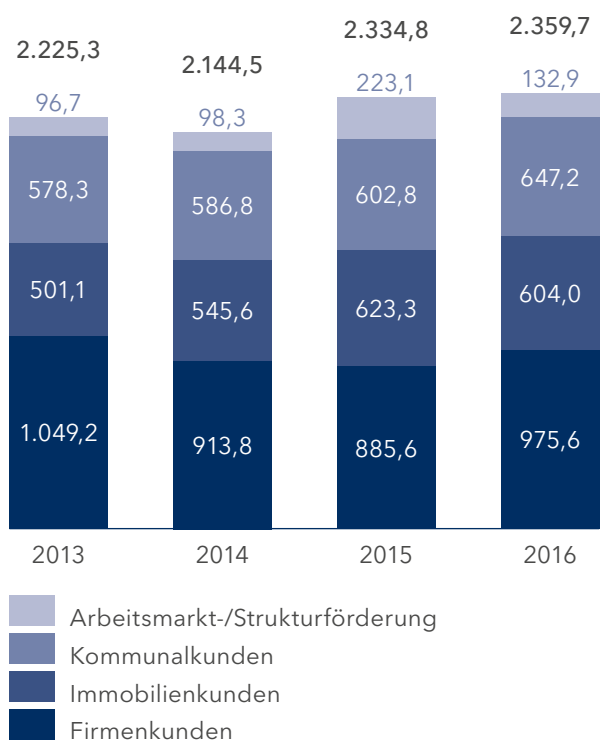
In 2016 lag das Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein nach den vorliegenden vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder für das erste Halbjahr

2016 unter dem Bundesdurchschnitt². Die Zahl der Arbeitslosen in Schleswig-Holstein ist in den letzten Jahren kontinuierlich gesunken. Die Arbeitslosenquote lag nach Berechnung der Bundesagentur für Arbeit zum 31.12.2016 bei 6,1 %.

Laut aktuellen Zahlen des Statistikamt Nord ist die Erwerbstätigenzahl im Norden 2016 deutlich kräftiger als im Bundesdurchschnitt gewachsen. Die Zahl stieg um rund 1,4 % auf rund 1,4 Millionen; deutschlandweit betrug der Anstieg 1,0 %.

2.2. Geschäftsverlauf

Abb. 1: Neugeschäftsentwicklung 2013 bis 2016 nach Geschäftsbereichen in Mio. €



Das Fördergeschäft der IB.SH ist in die Geschäftsbereiche Firmen-, Immobilien-, Kommunalkunden sowie Arbeitsmarkt-/Strukturförderung (inkl. Europäische Territoriale Zusammenarbeit) unterteilt. Die

² Genauere Angaben hierzu lagen zum Redaktionssende noch nicht vor.

Durchleitung von Förderprogrammkrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) sowie das Förderrefinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen werden im Geschäftsbereich Firmenkunden ausgewiesen.

Auf das erreichte Fördervolumen von 2,3 (Vj. 2,3) Mrd. € entfallen 90 (Vj. 86) % auf Bardarlehen, 3 (Vj. 3) % auf Bürgschaften und Garantien und 7 (Vj. 11) % auf Zuschüsse. Damit verlief das Neugeschäft insgesamt besser als erwartet und liegt teilweise deutlich über den jeweiligen Werten der letzten 5 Jahre. Der Bestand an Darlehen, Bürgschaften und Garantien im Fördergeschäft zum 31.12.2016 betrug 15,2 (Vj. 15,1) Mrd. €.

Mit einem Anteil von 41 (Vj. 38) % trug der Geschäftsbereich **Firmenkunden** wiederum den größten Anteil zum Neugeschäftsvolumen bei. Aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) wurde mit deutlich weniger Windkraftfinanzierungen als im Vorjahr gerechnet. Bei den Eigenkapitalprodukten zeigte sich, dass ihr Fördermehrwert am Markt wahrgenommen und diese weiterhin nachgefragt werden. In der Förderrefinanzierung konnte der Vorjahreswert deutlich überschritten werden. Erstmals lag hier das Volumen der wohnwirtschaftlichen KfW-Darlehen über dem der gewerblichen KfW-Darlehen.

Der Geschäftsbereich **Immobilien** erzielte einen Anteil am Neugeschäftsvolumen von 26 (Vj. 27) %. In der sozialen Wohnraumförderung lag der Schwerpunkt im Bau von Mietwohnungen in den Bedarfsregionen (Gebiete im Hamburger Rand; kreisfreie Städte) der „Offensive für bezahlbares Wohnen“. Aufgrund gesunkener Flüchtlingszahlen war die Nachfrage nach Mitteln aus dem Sonderprogramm „Erleichtertes Bauen“ indes gering. In der allgemeinen Wohnraumförderung waren erneut die Wohneigentums- und Modernisierungsprogramme der KfW wesentlicher Treiber der Neugeschäftsentwicklung.

Im Geschäftsbereich **Kommunalkunden** lag der Anteil am Neugeschäftsvolumen bei 27 (Vj. 26) %. Im Kommunalkreditgeschäft war ein Nachfrageanstieg nach langen Kreditlaufzeiten festzustellen. In der Krankenhausfinanzierung lag der Geschäftsverlauf auf dem guten Vorjahresniveau, während beim kommunalen Investitionsfonds ein gegenüber dem Vorjahr abgeschwächtes Neugeschäft zu verzeichnen ist. Das Volumen der Geschäftsabschlüsse bei den kommunalnahen Unternehmensfinanzierungen lag etwas unter dem des sehr guten Vorjahres. Hier nahmen immer mehr Breitbandprojekte Fahrt auf, was sich in einer gestiegenen Zahl an entsprechenden Kreditzusagen niederschlug.

Der Anteil des Geschäftsbereiches **Arbeitsmarkt- und Strukturförderung** lag bei 6 (Vj. 9) %. Das Fördervolumen und der Geschäftsverlauf in diesem Geschäftsbereich werden maßgeblich durch festgelegte Programmbudgets bestimmt. Anfang des Jah-

res wurde der IB.SH die Aufgabe zur verwaltungsmäßigen Unterstützung des Landes bei der Durchführung des Programms „Begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung in Schleswig-Holstein (BÜFAA.SH)“ übertragen. Das Vorgängerprogramm des Landesprogramms Arbeit – das Zukunftsprogramm Arbeit – konnte im Jahresverlauf abgeschlossen werden.

Insgesamt zeigt das Neugeschäft des abgelaufenen Jahres, dass die IB.SH mit ihren Produkten und Dienstleistungen in allen Geschäftsbereichen erneut einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in Schleswig-Holstein leisten konnte.

2.3. Ertragslage

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere werden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen darge-

Abb. 2: Ergebnisentwicklung 2013 bis 2016 in Mio. €

	2013	2014	2015	2016
Zinsüberschuss	95,8	98,8	107,3	104,9
Provisionsüberschuss	4,5	4,1	2,2	2,0
sonstiger betrieblicher Überschuss	18,4	9,4	15,8	17,0
Summe der Erträge	118,7	112,3	125,3	123,9
Personalaufwendungen	-34,7	-38,9	-42,8	-36,9
andere Verwaltungsaufwendungen	-15,0	-15,9	-17,0	-19,2
Abschreibungen	-1,1	-0,8	-0,8	-0,8
Summe der Aufwendungen	-50,8	-55,6	-60,6	-57,0
Ergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten	67,9	56,7	64,7	66,9
Risikovorsorge/Bewertung	-61,7	-54,5	-62,1	-64,8
davon Zuführungen/Auflösungen zu den/von Vorsorgereserven nach § 340f HGB	-55,8	-61,1	274,1	0,0
davon Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB			-333,6	-62,4
Sondereffekte	-3,2	0,8	0,4	0,9
Jahresüberschuss	3,0	3,0	3,0	3,0

stellt. Periodenfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit außergewöhnlichem Charakter werden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Das Geschäftsergebnis einschließlich der einzelnen Ertrags- und Aufwandspositionen entwickelte sich wie folgt.

Der Zins- und Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr in Summe leicht unter dem des Vorjahres und spiegelt vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfeldes das für die IB.SH erneut erfolgreiche Geschäftsjahr wider. Während im Förderkreditgeschäft ein wiederum gesteigener Ergebnisbeitrag erzielt werden konnte, blieb das Ergebnis im Treasury in Folge des Zinsumfeldes hinter dem Vorjahr zurück.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen, Aufwendungen aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen sowie Programmaufwendungen im Rahmen der „Offensive für bezahlbares Wohnen“. Weiterhin werden in dieser Position die Erträge aus den Beteiligungen an der NWL und der LGSH in Höhe von zusammen 9,6 (Vj. 8,6) Mio. € ausgewiesen.

Die von der Bundesregierung beschlossene Umstellung des Rechnungszinses zur Bemessung der Pensionsrückstellungen auf einen 10-jährigen Durchschnitt führte im Vergleich zum Vorjahr zu einer deutlichen Entlastung der Personalaufwendungen (die IB.SH hatte ein entsprechendes Wahlrecht im Jahr 2015 nicht in Anspruch genommen).

Der Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen ist im Wesentlichen auf gestiegene aufsichtsrechtliche Kosten, insbesondere auf den Beitrag zum Europäischen Bankenrettungsfonds sowie Projektaufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen, sowie Aufwendungen zum weiteren Ausbau der Digitalisierung zurückzuführen.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Netto-neuzuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen (in Summe -2,5 Mio. €), Erträge aus der Auflösung und Dotierung im Fonds für Zinsausgleich (rd. 0,1 Mio. €) und Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB (-62,4 Mio. €).

Die Sondereffekte beinhalten Erträge aus verbrieften Genussrechten für die Jahre 2013 und 2014, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für die Erstattung von Bearbeitungsentgelten für Konsumentenkredite sowie Aufwendungen aus Anpassungen im Zinssicherungsportfolio.

Dem Verwaltungsrat wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss in Höhe von 3,0 (Vj. 3,0) Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

2.4. Finanzlage

Die IB.SH war im Jahr 2016 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) sowie der Liquidity Coverage Ratio (LCR) laufend überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebenen Grenzen dieser Kennziffern sowie die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurden jederzeit eingehalten.

Das im Jahr 2016 neu zu refinanzierende Kreditvolumen belief sich auf rd. 0,9 (Vj. 0,8) Mrd. €. Die IB.SH refinanziert sich über verschiedene Refinanzierungsquellen wie KfW, LR, Europäische Investitionsbank (EIB), über Schuldscheindarlehen sowie durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen.

Wie auch in den Vorjahren wurden Zinsswapgeschäfte eingesetzt, um das Zinsrisiko aus dem Kreditneugeschäft und dem Kreditbestand zu steuern.

Aufgrund der Gewährträgerhaftung, der Anstaltslast und der Refinanzierungsgarantie des Landes Schleswig-Holstein ist die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet. Das Land Schleswig-Holstein hat im Rahmen einer Änderung des Landesverwaltungsgesetzes die Insolvenzunfähigkeit der IB.SH sichergestellt. Die Ratingagentur Fitch hat die IB.SH mit „AAA“ geratet. Darüber hinaus führt die Adresse IB.SH bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung. Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation.

2.5. Vermögenslage

Die Bilanzsumme der IB.SH stieg im Wesentlichen als Folge gewachsener Förderkreditbestände sowie eines gestiegenen Treuhandvolumens. Die wesentlichen Bilanzpositionen entwickelten sich wie folgt (s. Abb. 3).

Die planmäßigen sowie die - infolge des geringen Zinsniveaus auch im Jahr 2016 zu verzeichnenden - hohen außerplanmäßigen Tilgungen in den Förder-

beständen konnten entgegen den Erwartungen durch das Neugeschäft insgesamt überkompensiert werden.

Im Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde neben hoher Adressenqualität weiterhin vor allem auf Diversifizierung der Anlagenstruktur geachtet. Im Portfolio sind insbesondere Anleihen supranationaler Einrichtungen (KfW-, EIB-, EU- sowie Rettungsschirm-Anleihen), „gedeckte“ Wertpapiere mit mittleren und kurzen Laufzeiten sowie Unternehmensanleihen mit hoher Bonität enthalten.

Die dauerhaften Anlagen beinhalten die Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen sowie Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände.

In der Sozialen Wohnraumförderung eingesetzte Refinanzierungsmittel des Bundes wurden zum Jahresende vollständig zurückgeführt.

Abb. 3: Entwicklung der Bilanzsumme 2013 bis 2016 in Mio. €

	2013	2014	2015	2016
Bilanzsumme	18.030,8	18.343,5	18.525,8	19.002,9
davon Forderungen an Kreditinstitute	4.482,7	4.398,2	4.305,2	4.445,2
davon Forderungen an Kunden	9.409,2	9.984,1	10.412,0	10.466,6
Wertpapiere	3.311,8	3.105,4	2.894,5	2.869,1
dauerhafte Anlagen	132,5	132,4	132,9	134,0
Treuhandvermögen/-verbindlichkeiten	691,6	712,9	776,2	949,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.084,4	12.671,3	11.913,9	11.860,5
Verbindlichkeiten aus der Förderung mit Bundesmitteln	278,8	259,4	240,9	0,0
verbriefte Verbindlichkeiten	-	500,1	1.001,3	1.501,6
Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	338,6	401,0
Eigenkapital	1.134,1	1.146,7	1.159,3	1.172,0

Auf der Refinanzierungsseite wurde im Oktober 2016 eine weitere Inhaberschuldverschreibung mit einem Volumen von 500 Mio. € im Freiverkehr der Hamburger Börse platziert. Die von der IB.SH begebenen Inhaberschuldverschreibungen unterliegen nicht der Nachrangregelung des § 46f Abs. 5 des Kreditwesengesetzes (KWG).

Zum 31.12.2016 erfolgte eine weitere Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Die Zuführung resultiert aus dem Ergebnis des Geschäftsjahres.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt.

Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 06.06.2016 wurde der Bilanzgewinn 2015 in Höhe von 3,0 Mio. € ausgeschüttet. Zum 31.12.2016 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.172,0 (Vj. 1.159,3) Mio. € ausgewiesen. Dieses beinhaltet einen Bilanzgewinn in Höhe von 3,0 (Vj. 3,0) Mio. €, der zur Ausschüttung vorgesehen ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage stabil und geordnet ist und es der IB.SH ermöglicht, die an sie gestellten Anforderungen zu erfüllen.

3. Risikobericht

3.1. Gesamtbank- und Risikostrategie

Die IB.SH hat eine Geschäfts- und eine Risikostrategie, die ihrerseits Grundlage für die Geschäftsziele und Maßnahmen sind. Diese werden durch eine Personal-, eine IT- und eine Beteiligungsstrategie ergänzt. Für die in den Strategien festgelegten Ziele wurden strategiekonforme Maßnahmen beschlossen, die Grundlage für den jährlichen Planungsprozess mit seinen verschiedenen Plangrößen sind. Im Rahmen des festgelegten Regelprozesses werden die Erfolge der eingeleiteten Maßnahmen bewertet

und bei Bedarf adjustiert. Das gesamte Strategieportfolio wird jährlich überprüft und falls erforderlich angepasst.

Die förderpolitischen Ziele ergeben sich aus dem Investitionsbankgesetz (IBG). Die IB.SH unterstützt das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ziele werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten Mindestgrößen definiert, die das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge im Rahmen eines mehrjährigen Betrachtungszeitraums nicht unterschreiten soll.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisikoprofil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts, bezieht die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts ein und behandelt explizit die als wesentlich eingestuften Risikoarten Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken.

Die Risiken aus den strategischen Beteiligungen werden im Rahmen der Risikotragfähigkeit bei der Ermittlung des Risikodeckungspotenzials berücksichtigt. Eine Limitierung erfolgt nicht.

Die IB.SH bewegt sich innerhalb der aufgestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2016 kam es zu keiner Überschreitung des gesetzten Rahmens bei den Risikopositionen.

3.2. Risikomanagement

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der Megatrends (z. B. demografische Entwicklung, Digitalisierung) und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für sämtliche Geschäftsfelder der Bank.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungs- und Überwachungsprozesse. Die Überwachung der strategischen Ziele erfolgt durch den Bereich Unternehmensentwicklung im jährlich stattfindenden Strategieprozess.

Ziel der IB.SH ist es, die Nettoneubildung der Risikovorsorge für das adressenausfallrisikobehaftete Geschäft sowie die ergebniswirksamen Einflüsse der weiteren Risikoarten aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB.SH, die sich aus dem operativen Risikodeckungspotenzial (RDP) als Steuerungskreis ableitet, blieb im Geschäftsjahr 2016 das globale Risikolimit, bestehend aus den vier Unterlimiten für Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken in Höhe von 121 Mio. € unverändert.

Das Risikocontrolling hat die Verantwortung für die Methoden, Systeme und Verfahren zur Risikosteuerung und Risikobewertung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken, operationelle Risiken sowie für Liquiditätsrisiken vor. Außerdem überwacht und analysiert dieser Bereich Intra- und Inter-Risikokonzentrationen, berechnet verschiedene Stressszenarien und den inversen Stresstest. Zudem führt das Risikocontrolling einen integrativen, alle Risikoarten umfassenden Stresstest durch, bei dem ein schwerer konjunktureller Abschwung unterstellt wird. Alle Ergebnisse werden im Rahmen des geregelten Berichtswesens berichtet.

Darüber hinaus wird der Vorstand durch einen Steuerungsausschuss beraten. Im Steuerungsausschuss werden risikorelevante Vorhaben (Limitänderungen, Methodenänderungen, Verfahrensanpassungen etc.) diskutiert, Marktbeurteilungen erörtert, Risikoanalysen präsentiert, Risiken beurteilt und

Entscheidungsvorschläge für den Vorstand vorbereitet.

Entsprechend der IB.SH-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung (ausschließlich Zinsänderungsrisiken; vgl. 3.4 Marktpreisrisiken). Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB.SH kontinuierlich eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem bedeutende Risikokonzentrationen im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

3.3. Adressenausfallrisiken

Die IB.SH steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank besteht ein unverändertes Limit von 55 Mio. €. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Zur Erweiterung der Adressrisikosteuerung wird in 2017 ein stochastisches Verfahren auf Basis Credit Metrics eingeführt. Die unterjährig beobachteten Stresstestparameter bewegten sich im erwarteten Rahmen und erreichten die Schwellenwerte nicht. Es bestand kein Handlungsbedarf.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings zu Risikokonzentrationen und Stresstests werden laufend den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die, sofern erforderlich, umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand quartalsweise berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die neben Sachverhaltsdarstellungen auch Risikobeurteilungen und Hand-

lungsvorschläge enthält, erfolgt quartalsweise. Ad-hoc-Berichte werden an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury - unter Beachtung von Restriktionen hinsichtlich Adressen, Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten - erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment-Grade-Bereich.

Die Steuerung und Überwachung der Beteiligungen erfolgen im Beteiligungsmanagement sowie im Controlling im Rahmen der Funktionstrennung sicherstellender geregelter Prozesse. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderrisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB.SH eine untergeordnete Rolle.

Das Risikocontrolling berichtet über für Adressenausfallrisiken ermittelte Risikokonzentrationen und Stresstests (historisch basierter Ansatz sowie hypothetischer Ansatz).

Im Rahmen eines geregelten Prozesses erfolgt im monatlichen Turnus die Bewertung der Forderungen unter Verwendung eines festgelegten Kriterienkataloges (s. Abb. 4).

Die Gesamtkapitalquote gemäß CRR bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 14,3 und 18,6 und lag zum 31.12.2016 bei 18,4. Die anrechenbaren Eigenmittel zum 31.12.2016 betragen 1.589 Mio. €.

4.4. Marktpreisrisiken

Das für die IB.SH relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiken sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB.SH nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB.SH Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen. Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB.SH beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem barwertorientierten Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Der VaR stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Mit dem Berechnungsverfahren wird die mögliche Wertänderung ermittelt, die bei einer unterstellten vierzigtägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von Zinssätzen von sämtlichen Handelstagen seit dem

Abb. 4 : Gesamtbestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (RSt) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/RSt-Quote*		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €	
Vorjahr	31.12.2016	Vorjahr	31.12.2016	Vorjahr	31.12.2016
107,2	106,1	0,55 %	0,54 %	14,4	12,5

*bezogen auf das Kreditvolumen

01.06.2003 verwendet. Das in dieser Weise ermittelte Risikopotenzial wird der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, den Bereich Unternehmenscontrolling und das Treasury berichtet.

Das Limit für Marktpreisrisiken besteht unverändert in Höhe von 60 Mio. €. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung.

Per 31.12.2016 betrug der VaR 50,1 (Vj. 46,1) Mio. €, was bei dem gegebenen Limit eine Auslastungsquote in Höhe von 83,5 (Vj. 76,8) % ergibt.

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 99 %) jeweils vom ersten auf den einundvierzigsten Handelstag (dem VaR) und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von allen Handelstagen seit dem 01.06.2003 zugrunde gelegt. 2016 lag die Anzahl der „Ausreißer“ im Rahmen der definierten Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des Internationalen Währungsfonds (IWF) bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote nicht unterschritten werden; gemäß Basel II (aktuell: + 200 BP / - 200 BP) soll die Marktwertänderung des Portfolios 20 % der anrechenbaren Eigenmittel nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch im Jahr 2016 jederzeit erfüllt.

Kündigungsrisiken aufgrund des § 489 BGB sowie vertragliche Sonderkündigungsrechte werden von der Bank identifiziert, bepreist und in die Risiko-steuerung einbezogen.

3.5. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand bei Bedarf entsprechende Entscheidungsvorschläge. Die Steuerung der Liquiditätsrisiken und -transformation sowie der damit verbundenen aufsichtsrechtlichen (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl, LCR) und betriebswirtschaftlichen Kennzahlen wird im Treasury vorgenommen.

Eine breite Diversifizierung der Kontrahenten und die Haftungsinstitute des Landes Schleswig-Holstein (Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie) stellen auch in schwierigen Zeiten sicher, dass die IB.SH über die erforderliche Liquidität verfügt.

Die IB.SH hat zur Berechnung des Liquiditätsrisikos mit Fokus auf Veränderungen der Liquiditätskosten ein eigenes Verfahren. Das Limit in unveränderter Höhe von 2 Mio. € für Risiken aus zusätzlichen Liquiditätskosten wurde im Berichtszeitraum zu keiner Zeit überschritten, die Inanspruchnahme lag per 31.12.2016 unter Berücksichtigung der jeweils durchschnittlichen Nettotagesgeldaufnahme und Liquiditätskosten bei 0,17 Mio. €. Auch im Stressszenario (Verdopplung der Schwankungsbreiten der Einflussfaktoren) wird das festgelegte Limit nicht überschritten. Außerdem besteht ein Verfahren zur Messung und Überwachung kurzfristiger Liquiditätsrisiken, bei dem der Aktivüberhang stets durch das freie Pfanddepot gedeckt sein soll.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Unternehmenscontrolling. Zum 31.12.2016 betrug der Koeffizient gemäß Liquiditätsverordnung/CRR (Liquiditätskennzahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 5,09 (Vj. 3,32). Die Untergrenze von 1,0 wurde während des gesamten Geschäftsjahres

nicht erreicht. Die LCR gemäß delegiertem Rechtsakt betrug 196,5.

Für die Abdeckung des maximalen Liquiditätsbedarfs innerhalb der ersten 12 Monate verfügt die IB.SH über eine ausreichende Back-up-Liquidität auf Grundlage bestehender Kreditfazilitäten.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses.

3.6. Operationelle Risiken

Die IB.SH ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken weiterhin fortlaufend verfeinert.

Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien, die seit 2008 EDV-technisch bearbeitet werden, sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen.

Die schriftlich fixierte Ordnung wird regelmäßig überprüft und angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen. Die IT-Ausstattung der Bank wird regelmäßig auf der Basis eines festgelegten Prozesses auf Angemessenheit, Funktionsfähigkeit und Sicherheit untersucht und bei Bedarf auf die Anforderungen angepasst.

Auf Basis der Personalstrategie tragen Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu bei, Risiken im Zusammenhang mit der Personalausstattung, insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung und der dadurch erforderlichen Identifikation von künftigen Personalbedarfen, zu minimieren.

Rechtsrisiken begegnet die IB.SH insbesondere durch die eingerichtete Compliance-Organisation.

Anhand einer geregelten Projektorganisation projiziert und priorisiert die Bank systematisch den Handlungsbedarf im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert.

Die operationellen Risiken und die entstandenen Schäden dieser Risikoart werden in der OpRisk-Datenbank erfasst und dort verarbeitet. Per 31.12.2016 lagen die ermittelten Risiken, wie auch innerhalb des Jahres 2016, unterhalb des unveränderten Limits in Höhe von 4 Mio. €.

Die Interne Revision prüft, als Teil des internen Kontrollsystems, nach risikoorientierter Auswahl der Prüfungsfelder die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems und sorgt durch ihre Feststellungen für eine kontinuierliche Verminderung operationeller Risiken.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Tragfähigkeit der identifizierten und bewerteten Risiken der IB.SH vollumfänglich gegeben ist.

4. Chancen- und Prognosebericht

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB.SH wird für das Jahr 2017 folgende Entwicklung erwartet.

Für 2017 prognostiziert der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ (SVR) in seinem aktuellen Jahresgutachten eine weiterhin stabile wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland. Es wird ein Wachstum von 1,3 % erwartet, wobei der Rückgang gegenüber 2016 im Wesentlichen auf Kalendereffekten beruht. Auch der Euro-Raum dürfte sich nach Meinung der Wirtschaftsweisen mit einem Zuwachs des BIP in Höhe von 1,4 % auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr entwickeln. Das in Kiel ansässige „Institut für Weltwirtschaft“ (IfW) prognostiziert für Deutschland im

Jahr 2017 ein Wachstum von 1,7 %. Es sagt ferner einen Anstieg der Inflation auf nahe 2 % bis 2018 voraus. Hinzu kommen für 2017 laut IfW eine auf unter 6 % gesunkene Arbeitslosenquote und eine weiterhin positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Haupttreiber für die gute Entwicklung ist demnach weiterhin die Binnenwirtschaft, wobei insbesondere von den guten Finanzierungsbedingungen getragene Investitionen im Bereich Wohnungsbau positiv wirken. Diese guten wirtschaftlichen Aussichten sollten grundsätzlich eine solide Basis für die weitere Geschäftsentwicklung der IB.SH darstellen.

Dem gegenüber steht eine Reihe von aktuellen Ereignissen und Entwicklungen, die zumindest das Potenzial haben in den kommenden Monaten und Jahren zu spürbaren Belastungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa zu werden. Dazu gehören das Brexit-Votum in Großbritannien, der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten, das gescheiterte Verfassungsreferendum in Italien sowie die anstehende Wahlen in Frankreich und den Niederlanden. Über konkrete Auswirkungen dieser Ereignisse kann allerdings zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur spekuliert werden.

Die im letzten Lagebericht angesprochenen Anzeichen für eine wirtschaftliche Schwächephase in China haben sich in 2016 insofern realisiert, als dass das dortige Wirtschaftswachstum mit 6,7 % auf den niedrigsten Stand seit 26 Jahren gesunken ist. In vielen Schwellenländern hat zumindest ein wirtschaftlicher Stabilisierungsprozess eingesetzt, was mit daran liegen dürfte, dass der Ölpreis in 2016 seine Talfahrt gestoppt hat und wieder gestiegen ist. Das IfW erwartet in Bezug auf den Ölpreis aber weiterhin ein niedriges Niveau.

Sicher erscheint, dass der demographische Wandel und seine Auswirkungen die nächsten Jahrzehnte weiter begleiten wird, ebenso wie die mit den Schlagworten Digitalisierung und Globalisierung verbundenen Veränderungen.

Hinsichtlich des Themas Globalisierung zeigt sich jedoch mit Blick auf sichtbare protektionistische Tendenzen, dass bisherige Entwicklungspfade ihre Richtung auch ändern können. Unabhängig von politischen Entscheidungen werden die anderen Ursachen der Globalisierung wie der technischer Fortschritt und das Bevölkerungswachstum weiterhin ihre Wirkung entfalten. Die mit der Globalisierung verbundenen Entwicklungen werden auch für die IB.SH relevant sein.

Insbesondere im Zusammenhang mit dem schwachen Produktivitätswachstum in Deutschland stellt der demographische Wandel eine Herausforderung im Hinblick auf die langfristige wirtschaftliche Entwicklung dar. Die negativen Auswirkungen auf die Gründungs- und Innovationsdynamik sind dabei ein konkreter Aspekt. Darüber hinaus kommt es in einer älterwerdenden Gesellschaft zwangsläufig zu einer steigenden Zahl von anstehenden Unternehmensnachfolgen und es ist mit einem verstärkten Unterstützungsbedarf zu rechnen, um den damit verbundenen Prozess möglichst reibungslos zu gestalten. Um sowohl Gründungen als auch Unternehmensnachfolgen in Schleswig-Holstein bedarfsorientiert zu unterstützen, hat die IB.SH im Jahr 2016 das neue Förderprogramm „Gründung und Nachfolge“ in ihr Produktportfolio aufgenommen und erste Finanzierungen abgeschlossen.

Um auf der für die Zukunft entscheidenden Ebene des digitalen Wandels Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen, bedarf es neben Finanzierungsmitteln auch gut ausgebildeter Fachkräfte und einer bestmöglichen digitalen Infrastruktur. Die IB.SH erwartet, dass ihrem Engagement in diesem Bereich – z.B. mit dem Produkt IB.SH Breitband – weiterhin eine nennenswerte Bedeutung bei der Unterstützung dieser Entwicklung in Schleswig-Holstein zukommt.

Die fortschreitende Digitalisierung sowie der damit einhergehende Strukturwandel sind auch für die

Gestaltung der Abläufe in der IB.SH ein starker Treiber. Der Anteil internetbasierter und innovativer Servicedienstleistungen wird sich aufgrund veränderter Kundennachfrage kontinuierlich erhöhen. Auch gegenüber anderen Stakeholdern wird die Ansprache und Kommunikation auf digitalen Plattformen weiter zunehmen. Entsprechend sind bei der IB.SH bereits Veränderungsprozesse umgesetzt bzw. angestoßen worden.

Trotz der gegenüber 2015 deutlich abgeschwächten Flüchtlingsmigration nach Europa geht der Sachverständigenrat (SVR) von langfristig weiterhin bestehendem Migrationsdruck auf Deutschland aus. Dabei ist der SVR der Ansicht, dass vor allem eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen ein entscheidender Faktor für die Entwicklung der langfristigen Kosten der Migration darstellt.

Auch die Zuwanderung von Flüchtlingen hat sich im abgelaufenen Jahr unmittelbar auf die Förderaktivitäten der IB.SH ausgewirkt. Dies bedeutete unter anderem, dass in der sozialen Wohnraumförderung ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Förderung von Neubauvorhaben im Rahmen des Sonderprogramms „Erleichtertes Bauen“ gelegt wurde. Ferner wurde das Förderprogramm „Begleiteter Übergang für Flüchtlinge in Arbeit und Ausbildung in Schleswig-Holstein“ in das Förderportfolio der IB.SH aufgenommen. Auch wenn die Nachfrage nach diesen Angeboten bislang nicht dem zunächst erwarteten Ausmaß entspricht, zeigen diese Beispiele, dass die IB.SH flexibel auf sich abzeichnende Förderbedarfe reagieren kann.

Durch den Bund werden zusätzliche Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Seitens des Landes ist geplant, den auf Schleswig-Holstein entfallenden Anteil im Rahmen des Mietwohnungsbaus einzusetzen.

Eine zentrale Rolle beim Blick auf die wirtschaftliche Gegenwart und die Zukunft Europas nimmt die

Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) ein. Nach Ansicht des SVR ist die außergewöhnlich lockere Geldpolitik der EZB ein zentraler Treiber des wirtschaftlichen Aufschwungs, wobei das derzeitige Ausmaß der Lockerung vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere für Deutschland nicht mehr angemessen ist. Der SVR führt weiter aus, dass die gegenwärtige Geldpolitik strukturelle Probleme in den Mitgliedstaaten der Eurozone verdeckt und zunehmend die Finanzmarktstabilität gefährdet. Das niedrige Marktzinsniveau belastet nach wie vor die Erträge von Banken und Versicherungsunternehmen. Für die Ertragslage der Finanzwirtschaft ist demnach von erheblicher Bedeutung, ob die derzeitige Niedrigzinsphase weiter anhält.

Die IB.SH ist als Akteur der Finanzwirtschaft von diesen Effekten nicht gänzlich unberührt, sieht sich allerdings aufgrund der Struktur ihres Geschäftes grundsätzlich gut aufgestellt, um gleichermaßen im Niedrigzinsumfeld wirtschaftlich agieren zu können. Dazu tragen auch die erfolgreichen Emissionen von Inhaberschuldverschreibungen in den Jahren 2014 bis 2016 sowie die bestmögliche Ratingeinstufung durch die Agentur Fitch bei. Dadurch konnte die IB.SH ihre Refinanzierungsbasis deutlich verbreitern.

Aufgrund der besonderen Relevanz der Energiewende für das Land Schleswig-Holstein ist dieses Thema weiterhin eine bedeutende Querschnittsaufgabe in der IB.SH. Viele der oben skizzierten Entwicklungen beeinflussen auch die Entwicklung in diesem Bereich und die IB.SH wird dies bei ihrem Förderengagement berücksichtigen.

Im Juli 2015 hat die EU-Kommission ein EU-Pilot-Verfahren gestartet mit dem Ziel, die bestehenden Zweifel der EU-Kommission an der EU-Rechtskonformität der deutschen Glücksspielgesetzgebung im Vorgriff auf ein formelles Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland auszuräumen. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer

haben sich u. a. aus diesem Anlass im Oktober 2016 auf Änderungen des Glücksspielstaatsvertrages verständigt. Ob damit die Bedenken der Kommission von Deutschland ausgeräumt werden können, ist offen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass in Folge eines Vertragsverletzungsverfahrens auch das derzeit bestehende Lotteriemonopol in Frage gestellt wird. Mögliche Auswirkungen auf die zukünftige geschäftliche Entwicklung von NordwestLotto können zum gegenwärtigen Zeitpunkt aber noch nicht abgesehen werden.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass der mit den Verschärfungen des Aufsichtsrechts verbundene einmalige als auch wiederkehrende Aufwand die Bankenbranche weiterhin nachhaltig belasten wird. Auch die IB.SH wird verstärkt Ressourcen einsetzen müssen, um die Anforderungen zu erfüllen.

Die aktuellen Entwürfe zur Änderung der Capital Requirements Directive (CRD) sind so formuliert, dass im Ergebnis Förderbanken, die nicht signifikant sind bzw. unter EZB Aufsicht stehen, aus dem gesamten europäischen Aufsichtsregime ausgenommen werden könnten. Die Konsultationsphase zu diesen Änderungen der CRD ist kürzlich gestartet. Die IB.SH erfüllt nach erster Einschätzung alle Kriterien für eine Ausnahme. Letztendlich wird aber auch eine mögliche Ausnahme nicht dazu führen, dass die IB.SH nicht mehr der Bankenaufsicht unterstehen würde. Voraussetzung für eine Ausnahme aus dem europäischen Rechtsrahmen ist, dass auf nationaler Ebene ein Aufsichtsregime besteht, das in seiner Wirkung mit dem europäischen Aufsichtsregime vergleichbar ist. Ferner ist zu beachten, dass - sollten diese Regelungen auch in der finalen Version enthal-

ten sein - mit einem Inkrafttreten nicht vor 2019 zu rechnen ist. Insofern ist bis auf weiteres davon auszugehen, dass die IB.SH weiterhin den vollumfänglichen aufsichtsrechtlichen Anforderungen unterliegen wird.

Im Fördergeschäft wird mit einem Neugeschäftsvolumen unter dem des Berichtsjahres gerechnet. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sowie erwarteter umfangreicher außerplanmäßiger Tilgungen ist tendenziell von sinkenden Förderkreditbeständen auszugehen. Im Anlagegeschäft liegt die Priorität auf dem Ersatz auslaufender Wertpapiere durch Anschlussgeschäfte. Hierbei ist davon auszugehen, dass vor dem Hintergrund des bestehenden Niedrigzinsumfeldes Anschlussgeschäfte in potenziell risikoarme Adressen nur sukzessive und zu geringeren Margen vorgenommen werden können.

Insgesamt wird vor diesem Hintergrund ein Zinsüberschuss unter dem des Berichtsjahres erwartet. Für die strategischen Beteiligungen wird auch für das Jahr 2017 eine solide Geschäftsentwicklung erwartet. Für das Jahr 2017 ist ein Jahresüberschuss in Höhe von wiederum 3,0 Mio. € geplant.

Die IB.SH sieht sich angesichts der dargestellten Aussichten gut aufgestellt, ihren Förderauftrag auch in Zukunft erfüllen zu können. Neben der aktiven Adressierung von spezifischen Förderbedarfen wird die IB.SH daher auch weiterhin bei der Sicherstellung der Kreditversorgung in Schleswig-Holstein als verlässlicher Partner zur Verfügung stehen.

Kiel, 20. März 2017



Erk Westermann-Lammers
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Michael Adamska
Vorstand

JAHRESBILANZ DER INVESTITIONSBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUM 31. DEZEMBER 2016

Aktiva					
	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			4.208,29		2.706,99
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			3.443.517,12		623.880,14
darunter:				3.447.725,41	626.587,13
bei der Deutschen Bundesbank	3.443.517,12				
	(Vorjahr 623.880,14)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			105.660.146,23		104.379.222,99
b) andere Forderungen			4.339.494.897,54		4.200.861.474,84
				4.445.155.043,77	4.305.240.697,83
3. Forderungen an Kunden				10.466.628.638,11	10.411.974.292,87
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	344.650,33				
	(Vorjahr 555.390,01)				
Kommunalkredite	3.674.216.156,64				
	(Vorjahr 3.887.882.422,42)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 0,00)				
ab) von anderen Emittenten		49.999.390,00	49.999.390,00		399.850.111,01
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	49.999.390,00				
	(Vorjahr 399.850.111,01)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		751.363.229,95			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	751.363.229,95				
	(Vorjahr 536.723.481,15)				
bb) von anderen Emittenten		2.057.754.921,03	2.809.118.150,98		2.484.713.668,14
darunter:				2.884.563.779,15	3.095.448.949,81
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.057.754.921,03				
	(Vorjahr 1.887.196.083,12)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				9.976.470,00	9.968.620,00
6. Beteiligungen				12.112.600,30	12.112.600,30
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				111.552.023,61	111.552.023,61
8. Treuhandvermögen				948.996.769,06	776.154.994,31
darunter:					
Treuhandkredite	480.619.206,41				
	(Vorjahr 498.195.802,91)				
9. Immaterielle Anlagewerte				2.954.822,15	1.760.176,56
10. Sachanlagen				7.373.601,58	7.443.078,26
11. Sonstige Vermögensgegenstände				153.331,24	650.184,24
12. Rechnungsabgrenzungsposten				135.397.122,90	3.712.097,88
Summe der Aktiva				19.002.865.689,11	18.525.759.132,14

JAHRESBILANZ DER INVESTITIONSBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUM 31. DEZEMBER 2016

Passiva				
	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		270.693.275,47		760.436,72
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		11.589.847.551,09		11.913.147.684,54
			11.860.540.826,56	11.913.908.121,26
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		368.674.717,76		479.911.320,75
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.569.195.737,55		1.569.293.230,72
			1.937.870.455,31	2.049.204.551,47
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			0,00	240.926.972,97
4. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		1.501.627.616,44		
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		
darunter:			1.501.627.616,44	1.001.331.967,21
Geldmarktpapiere	0,00			
	(Vorjahr 0,00)			
5. Treuhandverbindlichkeiten		948.996.769,06		
darunter:			948.996.769,06	776.154.994,31
Treuhandkredite	480.619.206,41			
	(Vorjahr 498.195.802,91)			
6. Sonstige Verbindlichkeiten			45.927.321,14	39.133.962,03
7. Rechnungsabgrenzungsposten			162.995.754,24	29.724.479,55
8. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		55.752.126,00		56.260.766,00
b) andere Rückstellungen		26.580.069,27		31.492.815,48
			82.332.195,27	87.753.581,48
9. Fonds für Zinsausgleich			889.583.326,03	889.664.797,17
10. Sonderposten für allgemeine Bankrisiken			401.022.263,00	338.608.867,74
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		1.034.823.885,12		1.022.201.560,01
c) Gewinnrücklagen		34.145.276,94		34.145.276,94
d) Bilanzgewinn		3.000.000,00		3.000.000,00
			1.171.969.162,06	1.159.346.836,95
Summe der Passiva			19.002.865.689,11	18.525.759.132,14
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			457.575.088,01	543.377.241,05
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			711.929.772,77	500.735.727,85

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2016

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		442.189.045,47			468.268.062,41
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		63.892.708,37			68.937.588,50
			506.081.753,84		537.205.650,91
2. Zinsaufwendungen			403.578.177,87		429.875.851,30
				102.503.575,97	107.329.799,61
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			1.152,00		1.152,00
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			9.618.556,66		8.594.547,69
				9.619.708,66	8.595.699,69
4. Provisionserträge			6.851.343,09		7.073.501,90
5. Provisionsaufwendungen			4.879.380,30		4.882.865,81
				1.971.962,79	2.190.636,09
6. Sonstige betriebliche Erträge				15.123.150,66	12.172.496,35
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		31.602.802,61			31.406.463,60
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		5.298.696,09			11.441.495,36
darunter:			36.901.498,70		42.847.958,96
für Altersversorgung	-166.383,88				
	(Vorjahr 5.825.596,27)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			19.144.143,35		17.036.811,98
				56.045.642,05	59.884.770,94
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				928.800,98	815.158,48
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen				4.137.166,09	4.536.223,22
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpa- pierre sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft darunter: Zuführung zum Sonderposten für allgemeine Bankrisiken:				64.855.650,74	62.036.035,53
	62.413.395,26				
	(Vorjahr 338.608.867,74)				
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligun- gen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				0,00	344.300,00
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				3.251.138,22	3.016.443,57
13. Außerordentliche Erträge				0,00	0,00
14. Außerordentliche Aufwendungen				0,00	0,00
15. Außerordentliches Ergebnis				0,00	0,00
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag				243.309,37	6.281,49
17. Sonstige Steuern				7.828,85	10.162,08
18. Jahresüberschuss				3.000.000,00	3.000.000,00
19. Gewinn-/ Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
20. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
21. Bilanzgewinn				3.000.000,00	3.000.000,00

Anhang

Anhang der Investitionsbank Schleswig-Holstein zum 31.12.2016

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Die IB.SH beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Union.

Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss der IB.SH ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) Die IB.SH mit Sitz in Kiel wird im Handelsregister Amtsgericht Kiel unter der Nummer HRA 4310 geführt.

Der Jahresabschluss der IB.SH ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) und unter Beachtung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erstellt.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach den Formblättern der RechKredV. Auf der Passivseite hat die IB.SH das Formblatt 1 im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um zwei Ausweispositionen ergänzt. Es handelt sich hierbei um die Passivposten „Verbindlichkeiten der IB.SH aus der Förderung mit Bundesmitteln“ und „Fonds für Zinsausgleich“.

Die IB.SH ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen. Da die Tochtergesellschaften der IB.SH jedoch jeweils einzeln und zusammen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage von untergeordneter Bedeutung sind, wird das Wahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen und kein Konzernabschluss aufgestellt.

Der Jahresabschluss der IB.SH wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die IB.SH ist Mitglied des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschland (VÖB). Aufgrund des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes gehört die IB.SH der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH (EdÖ) an.

Gemäß Teil 8 der CRR (Artikel 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Die weiteren Angaben werden in einem separaten Offenlegungsbericht dargelegt und auf der Homepage der IB.SH veröffentlicht.

Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern

Die IB.SH hat die gemäß EU-Verordnung 575/2013 (CRR) geltenden Vorschriften über Eigenkapital und Liquidität sowie die Liquiditätskennziffer gemäß § 11 Kreditwesengesetz (KWG) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 340 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 252 ff. HGB.

Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) ausgewiesen. Unterschiedsbeträge zwischen Nominalwert und Auszahlungsbetrag werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt in Anlehnung an das vom BMF mit Schreiben vom 10.01.1994 für Kreditinstitute empfohlene Verfahren. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Vorsorgereserven nach § 340f HGB werden aktivisch von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden gemäß RechKredV mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt in den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind handelsrechtlich dem Anlagebestand zugeordnet und werden grundsätzlich bis zum Ende der Fälligkeit gehalten. Die Bewertung

erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht. Geldmarktpapiere mit einer Ursprungslaufzeit bis zu einem Jahr werden der Liquiditätsreserve zugeordnet und zum Niederstwert bewertet.

Für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 120,7 (Vj. 197,2) Mio. € wurden Marktwerte in Höhe von 120,5 (Vj. 194,4) Mio. € ermittelt. Unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde auf Abschreibungen verzichtet, da keine Anzeichen für eine dauerhafte Verschlechterung der Bonität der Emittenten vorlagen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Dies gilt auch für die unter „Immaterielle Anlagewerte“ bilanzierte Software. Für geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre linear abgeschrieben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

In der Position „Verbindlichkeiten der IB.SH aus der Förderung mit Bundesmitteln“ wurden die bis zum 31. Dezember 2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die in der Sozialen Wohnraumförderung eingesetzt. Diese Mittel wurden im Geschäftsjahr vollständig zurückgezahlt.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte auf den Stichtag 31. Dezember 2016 unter Verwendung der Projected Unit Credit Method. Der Berechnung liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zugrunde. Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden für die Berechnung der Rückstellung zugrunde gelegt:

In %	31.12.2016	31.12.2015
Rechnungszins	4,01*	3,94*
Gehaltsdynamik	2,00	2,00
Rentendynamik	2,00 bzw. 1,00 (VBL)	2,00 bzw. 1,00 (VBL)
Trend der Beitragsbemessungsgrenze	2,00	2,00

*Zinssatz vom 30.11.

Als Reaktion auf das seit langem anhaltende Zinstief hat der Gesetzgeber beschlossen, den Bezugszeitraum für den Abzinsungssatz für Pensionsrückstellungen nach § 253 Abs. 2 HGB zu ändern. Damit wird das Absinken des Abzinsungssatzes gebremst und den Unternehmen mehr Zeit gegeben, ihre Pensionsrückstellungen an das niedrige Marktzinzniveau anzupassen. Im Berichtsjahr wurde erstmalig der Unterschiedsbetrag zwischen den Wertansätzen auf Basis des 10-Jahres- und 7-Jahresdurchschnittszinses in Höhe von 6,4 Mio. € ermittelt.

Folgende Fluktuation wurde ermittelt: 6 % bis zum Alter 30, linear auf 0 % im Alter 55 fallend, ab Alter 56 keine Fluktuation.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung von 2 % p.a. berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr wird auf eine Abzinsung verzichtet.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen nicht kongruent refinanzierten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der IB.SH dar. Für die in den Jahren 1995 bis 1998 ausgezahlten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Auch für seit dem Jahr 2011 ausgezahlte Darlehen der Krankenhausfinanzierung hat das Land die Verpflichtung übernommen, diese auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen.

Im internen Risikomanagement bewertet die IB.SH die Zinsänderungsrisiken regelmäßig mit der Modernen Historischen Simulation, einem barwertigen Ansatz. Aus diesem Grund hat die Bank sich entschieden, auch bei der Beurteilung, ob handelsrechtlich eine verlustfreie Bewertung des Zinsbuchs vorliegt, auf den barwertigen Ansatz abzustellen. Danach weist das Zinsbuch unter der Berücksichtigung von Risiko- und Verwaltungskosten zum Stichtag stille Reserven aus. Eine Drohverlustrückstellung wurde daher nicht gebildet.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank schließt Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition ab (macro-hedge). Es findet keine Zusammenfassung von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten (Bewertungseinheiten) zum Zweck der bilanziellen Abbildung statt.

Im Zinsergebnis der Bank erfolgt ein Bruttoausweis der Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen.

Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

Aktiva

Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	105,7	104,4
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	300,9	270,5
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	404,2	373,5
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.431,1	1.318,2
• mehr als 5 Jahre	2.203,3	2.238,6
Bilanzausweis	4.445,2	4.305,2

Forderungen an Kunden

Fristengliederung	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	217,8	302,0
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	471,5	557,8
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.490,4	2.197,2
• mehr als 5 Jahre	7.287,0	7.354,9
Bilanzausweis	10.466,7	10.411,9
darunter:		
mit unbestimmter Laufzeit	0,0	0,0

In den Forderungen an Kunden sind 48,4 (Vj. 51,4) Mio. € Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen. Forderungen an verbundene Unternehmen sind in Höhe von 6,3 (Vj. 5,3) Mio. € enthalten.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
• börsennotiert	2.809,1	2.484,7
• nicht börsennotiert	50,0	399,9
Bilanzausweis	2.859,1	2.884,6
darunter:		
im Folgejahr fällig	338,5	599,9

Fristengliederung	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	0,00	0,00
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	152,4	284,9
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	220,2	350,8
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.664,5	1.076,3
• mehr als 5 Jahre	822,0	1.172,6
Bilanzausweis	2.859,1	2.884,6

Aufteilung des Bestandes an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Anlagebestand und Liquiditätsreserve

Im Gesamtbestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 2.859,1 Mio. € (Vj. 2.884,5 Mio. €) sind Geldmarktpapiere in Höhe von 50,0 Mio. € (Vj. 399,8 Mio. €) der Liquiditätsreserve zugeordnet.

In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt am Bilanzstichtag 989,3 (Vj. 1.283,9) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Genussschein)		
• börsennotiert	10,0	10,0
• nicht börsennotiert	0,0	0,0
Bilanzausweis	10,0	10,0

Nachrangige Vermögensgegenstände

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	0,0
Forderungen an Kunden	7,8	10,0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10,1	30,2
Insgesamt	17,9	40,2

Treuhandvermögen

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute		
• täglich fällig	290,7	256,8
• andere Forderungen	190,3	37,3
Forderungen an Kunden		
• täglich fällig	0,5	0,2
• andere Forderungen	467,5	481,9
Bilanzausweis	949,0	776,2

Sachanlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigen- genutzte Grund- stücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	8,9	6,4	9,0	8,6
Zugänge	1,6	0,4	0,3	0,3
Abgänge	0,0	0,1	0,2	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	7,5	5,7	2,7	2,7
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,4	0,4	0,2	0,2
Buchwert 31.12.2016	3,0	1,0	6,4	6,2

Finanzanlagevermögen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere ¹⁾ Mio. €	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Mio. €
Buchwert zum 01.01.2016	12,1	111,6	2.844,9	9,9
Zugänge	0,0	0,0	641,2	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,5	0,0
Abgänge	0,0	0,0	626,0	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0	1,5	0,0
Buchwert 31.12.2016	12,1	111,6	2.859,1	9,9

¹⁾ Der Bilanzausweis beinhaltet auch fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 37,4 Mio. €.

Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis in Höhe von 153 T€ (Vj. 650 T€) beinhaltet im Wesentlichen offene Beteiligungen (< 5% Anteilsbesitz), die die Bank im Rahmen der EFRE-Fonds erworben hat.

Aktive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2016 T€	Vorjahr T€
Vorauszahlungen aus Swapgeschäften	131,1	0,0
Agien aus erworbenen Schuldscheindarlehen/ Namenspapieren	1,1	0,0
Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen/ Namenspapieren	0,6	0,7
Disagien aus begebenen Inhaberschuldverschreibungen	2,3	2,9
Sonstiges	0,2	0,1
Bilanzausweis	135,4	3,7

Für einen Teil des Swapportfolios wurde während des Geschäftsjahres ein Kontrahentenaustausch durchgeführt. Die angefallenen upfront bzw. close out payments werden als aktiver respektive passiver Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert.

Passiva

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Fristengliederung	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	270,7	0,8
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	1.511,5	1.244,0
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	816,8	1.298,8
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.355,6	4.032,0
• mehr als 5 Jahre	5.905,9	5.338,3
Bilanzausweis	11.860,5	11.913,9

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Fristengliederung	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	368,7	479,9
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	50,9	14,7
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	102,8	43,9
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	311,4	133,0
• mehr als 5 Jahre	1.104,1	1.377,7
Bilanzausweis	1.937,9	2.049,2

Verbindlichkeiten der IB.SH aus der Förderung mit Bundesmitteln

Fristengliederung	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	0,0	11,8
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,0	9,8
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	0,0	80,9
• mehr als 5 Jahre	0,0	138,4
Bilanzausweis	0,0	240,9

Im Geschäftsjahr hat die Bank die noch bestehenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Bund aus der Förderung mit Bundesmitteln komplett vorzeitig getilgt.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Die IB.SH hat Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft in Höhe von 3.294,8 (Vj. 3.259,1) Mio. € als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau (2.913,7 Mio. €) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (381,1 Mio. €) abgetreten.

Darüber hinaus wurden Kreditforderungen in Höhe von 479,4 Mio. € (Vj. 546,1) und Wertpapiere mit einem Buchwert von 486,2 (Vj. 271,4) Mio. € an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Verbriefte Verbindlichkeiten

Im Oktober 2016 wurde eine weitere Inhaberschuldverschreibung in Höhe von 500,0 Mio. € emittiert. Der Ausgabekurs betrug 102,577 %. Nach Ermittlung des dem Berichtsjahr zuzuordnenden Disagioaufwandes belaufen sich der Restbetrag der Abgrenzung für den Gesamtbestand auf 2,3 Mio. € und das verbleibende Agio auf 12,3 Mio. €.

Fristengliederung	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
täglich fällig	0,0	0,0
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	1,6	1,3
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,0	0,0
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1000,0	500,0
• mehr als 5 Jahre	500,0	500,0
Bilanzausweis	1.501,6	1.001,3
Darunter im Folgejahr fällig	1,6	1,3

Der Bilanzausweis beinhaltet anteilige Zinsen in Höhe von 1,6 Mio. €.

Treuhandverbindlichkeiten

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
• täglich fällig	0,0	0,1
• andere Verbindlichkeiten	12,8	16,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
• täglich fällig	468,4	278,0
• andere Verbindlichkeiten	467,8	481,9
Bilanzausweis	949,0	776,2

Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis in Höhe von 45,9 (Vj. 39,1) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Zuschüssen im Rahmen der EFRE-Fonds mit einem Betrag von 44,2 (Vj. 37,8) Mio. €.

Passive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2016 Mio. €	Vorjahr Mio. €
Zahlungen aus Swapgeschäften	124,5	0,1
Agien aus begebenen Inhaberschuldverschreibungen	12,2	0,0
Disagien aus Forderungen	2,5	4,8
Ankauf von Forderungen zum Barwert	11,8	13,2
Sonstiges	12,0	11,7
Bilanzausweis	163,0	29,7

Rückstellungen

Die in den Vorjahren gebildeten Rückstellungen für die Rückzahlung von Bearbeitungsgebühren und für falsche Widerrufsbelehrungen von 3,8 Mio. € wurden aufgrund aktueller Rechtsprechung in Höhe von 3,0 € aufgelöst.

Eigenkapital

In die Kapitalrücklage wurden Landesmittel in Höhe von 12,6 (Vj. 12,6) Mio. € eingestellt. Der Bilanzgewinn 2015 in Höhe von 3,0 Mio. € wurde an das Land abgeführt.

Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 457,6 (Vj. 543,4) Mio. € handelt es sich um Kreditbürgschaften.

Unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 711,9 (Vj. 500,7) Mio. € resultieren aus Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft.

Die Eventualverbindlichkeiten aus Kreditbürgschaften stellen Kreditersatzgeschäft dar. Das Risiko der Inanspruchnahme wird im Rahmen der Kreditbewilligung auf Einzelgeschäftsebene eingeschätzt. Mögliche Gründe für eine Inanspruchnahme sind die im Kreditgeschäft branchenüblichen Risiken.

Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft werden voraussichtlich in voller Höhe in Anspruch genommen.

Angaben und Erläuterungen zur GuV

Zinsergebnis

Im Geschäftsjahr ergaben sich aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank im kurzfristigen Bereich negative Zinssätze. Im Zinsergebnis der Bank sind positive Zinsen aus Geldaufnahmen in Höhe von 11,0 (Vj. 2,3) Mio. € sowie negative Zinsen aus Geldanlagen von 7,4 (Vj. 0,6) Mio. € enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Als wesentliche Einzelbeträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Kostenerstattungen in Höhe von 10,0 (Vj. 9,9) Mio. €.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfällt ein Betrag von 1,6 (Vj. 1,9) Mio. € auf die Zuschussförderung in der sozialen Wohnraumförderung.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 2,1 (Vj. 2,2) Mio. €.

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2015 T€	Vorjahr T€
Abschlussprüfungsleistungen	220,2	220,2
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
sonstige Leistungen	13,5	61,0
Insgesamt	233,7	281,2

Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Die Position Zinserträge enthält einen Betrag in Höhe von 1,5 Mio. €, der vorangegangenen Geschäftsjahren zuzurechnen ist.

Sonstige Angaben

Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Anteil am Kapital in v.H.	Eigenkapital in T€ ¹⁾²⁾	Davon: Ergebnis in T€ ²⁾
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24,0	27.720	2.195
MBG Mittelständische Beteiligungsgesell- schaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	25,01	33.438	2.315,
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	50,6	69.080	9.809
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	100,0	55	2
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG, Kiel	100,0	3.906	5.328

¹⁾Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

²⁾Vorjahreszahlen

Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag hat die IB.SH die folgenden Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bestand. Bei den Kontrahenten handelt es sich ausnahmslos um Banken mit Sitz in einem OECD-Land. Die Marktbewertung erfolgte mittels der Discounted Cash-flow-Methode.

Zum Bilanzstichtag abgegrenzte Zinsen aus den Swapgeschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute mit 39,3 (Vj. 40,7) Mio. € bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 89,1 (Vj. 103,9) Mio. € ausgewiesen.

Mio. €	Restlaufzeit (Nominal)			Marktwerte	
	< = 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	positive	negative
Zinsswaps	735,0	4.618,4	3.860,5	273,6	580,2

Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	328	226	554	547
davon: Teilzeitbeschäftigte	162	20	182	170

Gesamtbezüge und Darlehen der Organe und Ausschüsse

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr Bezüge von insgesamt 611,2 (Vj. 566,3) T€, von denen 511,2 (Vj. 486,3) T€ erfolgsunabhängig und 100,0 (Vj. 80,0) T€ erfolgsabhängig gezahlt wurden. Vergütungsanteile mit langfristiger Anreizwirkung wurden nicht gezahlt. An den Vorstandsvorsitzenden wurden 288,2 (Vj. 272,4) T€ erfolgsunabhängig und 50,0 (Vj. 40,0) T€ erfolgsabhängig gezahlt. Das zweite Vorstandsmitglied erhielt 223,0 (Vj. 213,9) T€ erfolgsunabhängig sowie 50,0 (Vj. 40,0) T€ erfolgsabhängige Bezüge.

Die Gesamtbezüge ehemaliger Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen betragen 239,6 (Vj. 248,3) T€. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind 3.590,4 (Vj. 3.728,5) T€ zurückgestellt.

Zahlungen an Verwaltungsratsmitglieder erfolgten seitens der IB.SH in 2016 nicht. Am Bilanzstichtag bestehen Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrates in Höhe von 687,7 (Vj. 448,2) T€.

Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Als nahestehende Personen gelten natürliche sowie juristische Personen und Unternehmen, die aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Verbindung oder Organmitgliedschaft auf die Bank oder ihre Tochterunternehmen wesentlich einwirken können.

Als nahestehende Unternehmen haben wir die verbundenen Unternehmen der IB.SH identifiziert.

Als nahestehende Privatpersonen behandeln wir die Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat.

Sämtliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen oder Personen werden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.

Organe

Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Vorstand

Erk Westermann-Lammers

Vorsitzender des Vorstandes, Marktvorstand

Dr. Michael Adamska

Vorstandsmitglied, Marktfolgevorstand

Verwaltungsrat

Dr. Philipp Nimmermann

Vorsitzender, Staatssekretär im Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Manuela Söller-Winkler

1. Vertr. des Vorsitzenden, Staatssekretärin im
Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Frank Nägele

2. Vertr. des Vorsitzenden, Staatssekretär im
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und
Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Dr. Ingrid Nestle

Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende,
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

Prof. Dr. Ute Vanini

Fachhochschule Kiel

Elke Weber-Braun

Selbstständige Wirtschaftsprüferin

Jan-Christian Erps bis 30.09.2016

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Dr. Sönke Schulz ab 08.11.2016

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des
Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

Lars Schöning

Hauptgeschäftsführer der IHK zu Lübeck

**Von den Betriebsangehörigen
gewählte Mitglieder des Verwaltungsrates**

Martina Credo, Rastorf
Cornelia Pankratz, Kiel
Matthias Strunck, Kronshagen
André Zobel, Kiel

**Mandate der Vorstandsmitglieder
in Aufsichtsgremien**

Erk Westermann-Lammers
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 6
24103 Kiel (Aufsichtsrat)

Dr. Michael Adamska
KIWI, Kieler Wirtschaftsförderungs- und
Strukturentwicklungs GmbH
Fraunhoferstraße 2-4
24118 Kiel (Aufsichtsrat)

**Mandate anderer Mitarbeiter
in Aufsichtsgremien**

Monika Evert
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH
Fabrikstraße 6
24103 Kiel (Aufsichtsrat)

Entwicklungsgesellschaft Ostholstein mbH EGOH
Röntgenstraße 1
23701 Eutin (Aufsichtsrat)

MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft
Schleswig-Holstein mbH
Lorentzendam 21
24103 Kiel (Aufsichtsrat) ab 4.6.2014

Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH
Mommensenstraße 14
23843 Bad Oldesloe (Aufsichtsrat)

Kiel, 22. März 2017



Erk Westermann-Lammers
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Michael Adamska
Vorstand

Bestätigungsvermerk

Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Wir haben dem Jahresabschluss und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, in der in diesem Bericht als Anlage 1 bis 3 (Jahresabschluss) und 4 (Lagebericht) beigefügten Fassung den unter dem Datum vom 4. Mai 2017 in Frankfurt am Main unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2016 bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von

uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lage-

bericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt am Main, den 04. Mai 2017

Baker Tilly Roelfs AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralph Hüsemann	Stephan Müller
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Kontakt/Impressum

Standorte der IB.SH

Kiel

Unternehmenssitz

Fleethörn 29-31 · 24103 Kiel
Tel. 0431 9905-0 · Fax 0431 9905-3383
info@ib-sh.de · www.ib-sh.de
www.een-hhsh.de · www.interreg5a.de

Rostock

Interreg Baltic Sea Region/

Seed Money Facility der EU-Ostseestrategie

Grubenstraße 20 · 18055 Rostock
Tel. 0381 454845281
www.interreg-baltic.eu · seed.eusbsr.eu
mit Außenstelle Riga
(in Kooperation mit der State Regional
Development Agency, Lettland)
Alberta iela 10/room 401 · LV 1010 Riga · Lettland
Tel. +371 26480554
www.interreg-baltic.eu

Brüssel

Repräsentanz der IB.SH

Square de Meeûs 37 · B 1000 Brüssel · Belgien
Tel. +32 22307224
www.ib-sh.de

Büros der IB.SH in Schleswig-Holstein

Elmshorn

Ramskamp 71-75
Tel. 04121 471550

Flensburg

Friesische Straße 1-9
Tel. 0461 144860

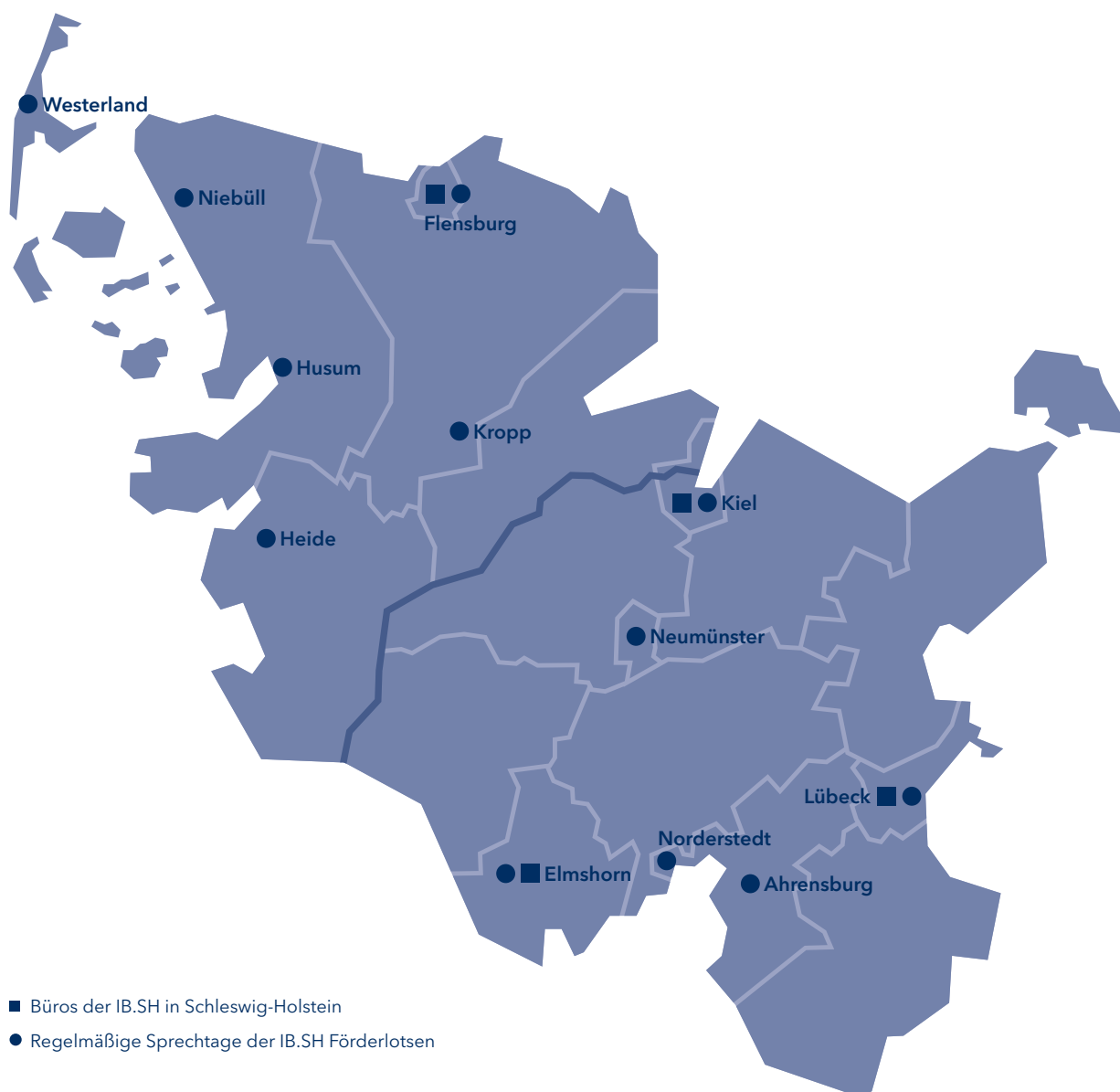
Kiel

Fleethörn 29-31
Tel. 0431 9905-0

Lübeck

Fackenburger Allee 2
Tel. 0451 799860

Regelmäßige Sprechtag der IB.SH Förderlotsen
siehe nebenstehende Karte.



Herausgeber

IB.SH
Investitionsbank Schleswig-Holstein
Kommunikation/Marketing
Tel. 0431 9905-3448 oder 0431 9905-3481

Bebilderung

Titel: iStock (Tiero), Seite 7: IB.SH,
AlbrechtsBesteBilder, Seite 9: Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein

Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Gemeinsam Gutes tun -
die IB.SH-Spendenplattform
für Schleswig-Holstein
www.wir-bewegen.sh



IB.SH

Ihre **Förderbank**

Investitionsbank Schleswig-Holstein

Fleethörn 29-31 · 24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0

www.ib-sh.de

Schleswig-Holstein. Der echte Norden.